Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der auton. Stadt Steyr

am 31. Mai 1919 um 2 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

Mitteilungen.

I. Sektion. (Sektionssitzung am Mittwoch den 28 Mai um 3 Uhr nachm.)

1. (Vertraulich.) Personalansuchen.
2. (Vertraulich.) Besetzung der Bauamtsleiterstelle.
3. (Vertraulich.) Besetzung der Beamtenstelle des Wohnungsamtes.
4. (Vertraulich.) Besetzung der ausgeschriebenen fünf Amtsdienerstellen.
5. (Vertraulich.) Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.
6. Festsetzung der Funktionsgebühren für den Bürgermeister und dessen Stellvertreter.
7. Ansuchen um Erlassung der Zahlung von rückständigem Mietzins
8. Beschlußfassung über Verwendung der Leopold Werndl'schen Vermächtnisse
9. Ansuchen um Verleihung einer Rauchfangkehrerkonzession.
10. Bericht über den Ankauf von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen im Mauthausener Lager im November 1918.
11. Bestellung der Mitglieder und Ersatzmänner der Weinsteuerkommission, sowie der hiezu erforderlichen Hilfskraft.
12. Rekurse in Armensachen

II. Sektion (Sektionssitzung 30. Mai um 3 Uhr nachm.)

13. Stadtkassatagebuchabschluß pro März 1919.
14 Desgleichen pro April 1919.
15. Unterstützungsansuchen.
16. Anträge der Krankenhauskommission:
    a) Erhöhung der an die Frau Oberin zu leistenden Verpflegsgebühren;
    b) auf Einführung eines Ersatzruhetages für das Dienstpersonal.

III. Sektion: (Sektionssitzung am 27. Mai 1919 um 3 Uhr nachm.)

17. Nachträgliche Genehmigung der Ueberlassung des Stadttheaters zu Wohltätigkeitsvorstellungen.
18. Angebot des Baumeisters Plochberger, betreffs Ankauf der G.-P. Nr. 310/13 in Steyr, Prevenhubergasse 8.
19 Angebot der Baufirma Grünwald, betreffend Ankauf einer Sanitätsbaracke.
20. Lohnerhöhung für die städt. Arbeiter.
21. Stellungnahme zum Vorschlage des österr. Ingenieur- und Architektenvereines wegen Ausschreibung eines Wettbewerbes für den Bebauungsplan.
22. Ausschreibung der Arbeiten für das Krankenhaus (Wirtschaftsgebäude und Maschinenhaus).

IV. Sektion. (Sektionssitzung 30. Mai 1919 um 5 Uhr nachmittags.)

23. (Vertraulich.) Bestellung einer prov. Leitung für das städt. Jugendamt.
24. Vergebung der Interessen der Emil Gschaider-Stiftung.
25. Vorschlag betreffend Weiterbelassung eines Maternus Hammer-Stipendiums.
26. Schulärztliche Berichte.

Anwesende:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Josef Wokral.

Die Herren Vizebürgermeister Johann Mayrhofer, Karl Dedic und Franz Nothhaft als Vorsitzende-Stellvertreter und die Herren Gemeinderäte:

Franz Aigner	Fritz Krottenau
Heinrich Bachmayr	Michael Neuhold
Prof. W. Brand	Dr. Peyrer-Angermann
Johann Baumgartner	Ludwig Reisinger
Anton Chalupka	Alfred Rudda
Josef Eisterlehner	Markus Ruckerbauer
Karl Fischer	Alois Saiber
Dr. Ulrich Furrer	Friedrich Schickl
Anna Grömmer	Michael Schörkhuber
Rudolf Hitzelhammer	Leopold Steinbrecher
Karl Klement	Anton Schwandtner
Hermann Kletzmayr	Adalbert Vogl
Franz Kratochwill	Marie Wimberger
Berta Kisely	Gangolf Zeilinger.

Vom Stadtamte: Herr Stadtamtsrat Dr. Fr. Habl.

Als Schriftführer: Städtischer Protokollführer Karl Ridler.

Entschuldigt abwesend: Die Herren Gemeinderäte Johann Witzany, Franz Tribrunner, Anton Frühwald und Alois Lebeda.

Herr Vorsitzender Bürgermeister Wokral begrüßt die erschienenen Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt die Sitzung um 3 Uhr 8 Min. für eröffnet.

Zu Beglaubigern dieses Protokolles werden die Herren Gemeinderäte Bachmayr und Prof. Brand gewählt.

Zum Punkte Mitteilung bringt der Herr Vorsitzende die Zuschrift der Staatsbahndirektion vom 20. Mai, Zl. 76/V, zur Kenntnis. (hä. Zl. 16.718/19)

Ferners bringt der Herr Vorsitzende die Zuschrift der Tramway- und Elektrizitätsgesellschaft betreffend Ausbau der Bahnstrecke St. Florian—Steyr zur Kenntnis, wonach nicht diese für den Ausbau, sondern die Firma Stern u. Hafferl in Betracht kommt.

Die Mitteilungen werden vom Gemeinderate zur Kenntnis genommen.

Weiters teilt der Herr Vorsitzende die Einbringung mehrerer Anträge mit.

a) Antrag des G.-R. Steinbrecher betreffend die Kehrrichtablagerung auf der Promenade.

Wird der III. Sektion des Gemeinderates zur Behandlung zugewiesen.

b) Antrag des G.-R. Schickl und Genossen betreffend die Wiederinbetriebsetzung des hiesigen Gaswerkes.

Hiezu teilt der Herr Vorsitzende zur Information mit, daß Herr Direktor Neeff mit einem Beamten des Gaswerkes vormittags vorgesprochen habe und diese erklärten, daß es bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, entsprechende Mengen an brauchbarer Kohle für das Gaswerk zugewiesen zu erhalten. Es bestehe jedoch begründete Aussicht, eine Kohlenzufuhr zu sichern, wobei jedoch schon heute aufmerksam gemacht werden müsse, daß sich der Gaspreis mit Rücksicht auf die Teuerung der Kohle und der Transporte auf 1 *K* 70 *h* bis 1 *K* 80 *h* per m^3 stellen dürfte.

Der Antrag wird sodann der III. Sektion zugewiesen.

c) Antrag des G.-R. Dr. Furrer auf Errichtung von Bedürfnisanstalten.

Wird der III. Sektion des Gemeinderates zugewiesen.

Endlich wird vom Vorsitzenden ein Dringlichkeitsantrag der I. Sektion betreffend den Ausbau des Wohnungsausschusses verlesen und Herrn G.-R. Kletzmayr zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages das Wort erteilt.

Herr G.-R. Kletzmayr begründet die Dringlichkeit des Antrages damit, daß so rasch als möglich der Wohnungsausschuß auf eine erweiterte Grundlage zu stellen sei, um keine Verzögerung in der Durchführung der dem Wohnungsausschusse bereits zahlreich vorliegenden Aufgaben eintreten zu lassen.

Der Gemeinderat stimmt der Dringlichkeit des Antrages zu und erhebt nach kurzer Ausführung des Herrn Referenten, welcher den dringlichen Ausbau des Wohnungsausschusses nach der Vorlage begründet, den Antrag zum einstimmigen Beschluß.

Als weitere Mitglieder des Wohnungsausschusses werden sodann die Herren Gemeinderäte Krottenau und Steinbrecher gewählt.

Hierauf bringt der Herr Vorsitzende den Dringlichkeitsantrag vom städt. Wirtschaftsrate betreffend die Fleischversorgung Steyrs zur Verlesung.

Herr G.-R. Prof. Brand begründet die Dringlichkeit des Antrages, welche sodann vom Gemeinderate einstimmig angenommen wird. Ebenso stimmt der Gemeinderat dem Antrage des Wirtschaftsrates auf Vorlage des Antrages an die oberösterreichische Landesregierung, bezw. Landeswirtschaftsamt einhellig zu.

Vor Eingehung in die Tagesordnung teilt der Herr Vorsitzende die Geschäftsstunden der Herren Vizebürgermeister mit und zwar:

Herr Vizebürgermeister Nothhaft jeden Dienstag und Freitag; an Dienstagen von 10 bis 12 Uhr, an Freitagen von 12 bis 2 Uhr.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer jeden Montag und Donnerstag von 10 bis 12 Uhr, und

Herr Vizebürgermeister Dedic jeden Mittwoch und Samstag von 10 bis 12 Uhr.

Sodann tritt der Gemeinderat in die Beratung der Tagesordnung ein.

Die Punkte 1, 2, 3, 4, 5 und 23 werden der vertraulichen Sitzung vorbehalten.

I. Sektion.

6. Festsetzung der Funktionsgebühren für den Bürgermeister und dessen Stellvertreter.

Herr Bürgermeister Wokral verläßt die Sitzung.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer übernimmt den Vorsitz.

Referent Herr G.-R. Ludwig Reisinger.

Die Sektion hat über die Funktionsgebühren des Herrn Bürgermeisters und der Herren Vizebürgermeister eingehend beraten und ist zur Ueberzeugung gelangt, daß in der heutigen Zeit mit diesen Gebühren, wie sie Herr Bürgermeister Gschaider bezogen hatte, der gegenwärtige Herr Bürgermeister sein Auskommen nicht mehr finden kann. Es war bisher der Fall, daß der Bürgermeister der Stadt aus wohlhabenden Kreisen der Bevölkerung gewählt wurde; in neuerer Zeit hält man es mit einem anderen Standpunkt, man nimmt nämlich den Befähigsten. Man wird zugeben müssen, daß der gegenwärtige Herr Bürgermeister, welcher seine früheren Beamtenbezüge verloren hat und auch sonst kein Einkommen bezieht, mit den alten Funktionsgebühren nicht mehr auskommen kann. Ich ersuche daher zuzustimmen, daß die früher bestandenen Bezüge des Herrn Bürgermeisters und der Herren Vizebürgermeister verdoppelt werden.

Der Antrag des Herrn Referenten wird vom Gemeinderate angenommen.

Herr Bürgermeister Wokral übernimmt wieder den Vorsitz.

7. Ansuchen um Erlassung der Zahlungspflicht von rückständigem Mietzins.

Referentin Frau G.-R. Kiselv: „Frau Dorothea Reiter, wohnhaft Oelberggasse 9, hat um Erlassung des Mietzinses ein Gesuch eingebracht, welches von der Sektion eingehend beraten wurde. Die Sektion beantragt auf das Ansuchen nicht einzugehen, da sodann auch andere mit dem Mietzinse rückständige Parteien mit demselben Begehren auf Erlassung von Rückständen herantreten würden. Der Gesuchstellerin wäre jedoch eine ratenweise Abzahlung von monatlich 20 *K* zu gestatten."

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen.

8. Beschlußfassung über Verwendung der Leopold Werndl'schen Vermächtnisse.

Referent G.-R. Prof. Brand: „Zu den größten Wohltätern der Stadt Steyr gehört ohne Zweifel der verstorbene Herr Leopold Werndl, welcher in seinem Testamente vom 29. September 1911 seiner Vaterstadt hochherziger Weise sehr bedeutende Summen vermacht hat.

Die Sektion beantragt die Verwendung dieser nachbenannten Vermächtnisse wie folgt festzusetzen:

1. 100.000 *K* für den Spitalbaufond;

Diese Summe ist dem bestehenden Spitalbaufond zuzuschlagen.

2. 100.000 *K* für arme Waisen;

Von dieser Summe ist eine Leopold Werndl-Waisenstiftung zu errichten.

3. 50.000 *K* der Gemeinde zu freiem Ermessen;

Hievon sind 30.000 *K* dem Jugendamte, 10.000 *K* für den Handbeteilungsfond und 10.000 *K* für Aufbesserung der Kost in Armenhäusern zu verwenden. Die Bestimmung der Tage für Kostaufbesserung in den Armenhäusern wird dem Armenrate übertragen.

4. 100.000 *K* für Armenhauszwecke.

Dieser Betrag ist für den Armenhausbaufond anzulegen.

Mit der Ausarbeitung der bezüglichen Stiftsbriefe ist das Amt zu beauftragen."

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

9. Ansuchen um Verleihung einer Rauchfangkehrerkonzession.

Referent Herr G.-R. Fischer: „Um diese Konzession haben sich zwei Bewerber gemeldet und zwar Herr Edelsbacher, welcher bekanntlich von den beiden Rauchfangkehrermeistern Herren Haidenthaller und Jansky protegiert wird und sich nach Steyr begeben hat, unbekümmerl darum, ob er hier so bestimmt auf die Konzession rechnen kann, und Herr Franz Baumgartner, welcher derzeit als Gehilfe bei Herrn Jansky tätig ist. Der Amtsbericht lautet:

„Bereits vor längerer Zeit hat Herr Josef Edelsbacher um die Erteilung einer Rauchfangkehrerkonzession für Steyr und damit um die Schaffung eines vierten Kehrbezirkes angesucht.

Die bisherige Kehrbezirkseinteilung erfolgte mit Statthaltereierlaß vom 16. April 1914, Zl. 1663. Seitens des Herrn Edelsbacher wird im Einvernehmen mit den Rauchfangkehrermeistern Haidenthaller und Jansky eine neue Kehrbezirkseinteilung laut beiliegender Karte vorgeschlagen.

Das Stadtbauamt sprach sich für die Erteilung einer vierten Konzession aus und erstattet Gegenvorschläge über die durch diese Erteilung notwendige Abänderung in den bisherigen Kehrbezirken.

Bemerkt wird, daß sich auch die Landesgenossenschaft der Rauchfangkehrer für die Schaffung eines vierten Kehrbezirkes ausspricht und denselben sofort lebensfähig bezeichnet.

Um die vierte Konzession bewirbt sich auch Herr Franz Baumgartner, geboren im Jahre 1883 in Steyr und heimatszuständig nach St. Ulrich.

Derselbe wird laut im Akte erliegenden Zuschrift auch von den Rauchfangkehrergehilfen in Steyr befürwortet und erscheint gewiß ebenfalls berücksichtigungswürdig, da derselbe seit 1906 bei Herrn Rauchfangkehrermeister Jansky in Steyr als Gehilfe tätig ist und durch 4 ½ Jahre im Felde stand. Da er bereits 36 Jahre alt ist, hat er gewiß auch einen Anspruch, einmal selbständig werden zu können.

Richtig ist, daß Herr Josef Edelsbacher vorher eine Rauchfangkehrerkonzession in Goisern ausübte und dieselbe angeblich um 30.000 *K* verkaufte; wie Baumgartner behauptet, soll Edelsbacher zwecks Erlangung einer Konzession in Steyr sich mit den Rauchfangkehrermeistern Herrn Haidenthaller (angeblich 8.000 *K*) und Jansky (angeblich 6.000 *K*) abgefunden haben."

Ich bitte daher zunächst um Entscheidung darüber,

1 ob eine vierte Rauchfangkehrerkonzession ausgestellt werden soll und

2. wem dieselbe erteilt werden soll, ob Josef Edelsbacher oder Franz Baumgartner.

Sicher ist, daß Herr Josef Edelsbacher bereits eine gesicherte Existenz infolge seiner Konzession in Goisern hatte, ebenso sicher ist ferner, daß die Konzessionen doch nicht in erster Linie dazu da sind, daß mit denselben ein Geschäft gemacht wird und richtig ist weiters ganz gewiß, daß schließlich und endlich auch jüngeren Kräften, welche das Gewerbe erlernt haben und seit Jahren als Gehilfe tätig waren, unbescholten und hier geboren sind, die Möglichkeit geboten werden muß, selbständig zu werden, auch dann, wenn sie über kein Vermögen verfügen.

Nach Entscheidung dieser Fragen bitte ich um Herbeiführung eines Beschlusses des verehrlichen Gemeinderates, in welcher Weise die Neueinteilung der Kehrbezirke erfolgen soll, ob im Sinne des Vorschlages laut beiliegenden Planes oder ob im Sinne der Vorschläge des Stadtbauamtes.

Hingewiesen sei ferner auch auf ein am 6. März 1919 mit den bisherigen Rauchfangkehrermeistern aufgenommenes Protokoll."

Der Amtsbericht spricht sich also im großen und ganzen dafür aus, daß die Konzession dem Bewerber Baumgartner verliehen werden soll und beantragt auch die Sektion, der Verleihung der Konzession an Baumgartner zuzustimmen.

Herr G.-R. Schickl verweist darauf, daß ihm durch die Verleihung einer vierten Konzession sein Bezirk verkleinert und ihm die Lebensbedingungen bedeutend erschwert werden. Hiebei beklagt sich Redner auch darüber, daß er von Herrn Bürgermeister Gschaider mehrmals bestraft wurde, obwohl in Wirklichkeit hiezu kein Grund vorhanden gewesen sei. Bei der Einteilung der neuen Kehrbezirke sei er nicht anwesend gewesen und ihm daher der seinerzeitige Gang der Verhandlungen zwischen Haidenthaller, Jansky und Edelsbacher nicht bekannt.

Herr G.-R. Aigner gerät in eine Wechselrede mit Herrn G.-R. Schickl und bemerkt, daß die Forderung nach einem vierten Kehrbezirk durch die Kriegsverhältnisse entstanden sind. Die hiesigen Rauchfangkehrermeister waren wegen Mangel an Arbeitskräften nicht mehr in der Lage, den Anforderungen entsprechen zu können. Das nun die Rauchfangkehrermeister, die Gebiete von ihren bisherigen Bezirken abtreten müssen, hiefür eine Entschädigung verlangen, sei eine selbstverständige Sache, andererseits stehen die Rauchfangkehrer aber auf den Standpunkt, sie geben aus ihren Kehrbezirken nichts her, weil sie heute ohnedies wieder in der Lage sind, ihren Anforderungen entsprechen zu können. Bezüglich der Einteilung der vier Kehrbezirke ersucht Redner daher um Aufklärung, wie diese gestaltet werden sollen, damit die Rauchfangkehrer nicht geschädigt werden.

Herr G.-R. Vogl erwidert, daß von einer Schädigung der Rauchfangkehrer durch Errichtung eines vierten Kehrbezirkes nicht gesprochen werden könne; wenn ein vierter Kehrbezirt gegen Abfindung möglich wird, muß ein solcher auch ohne Entschädigung tunlich sein. Die Herren Rauchfangkehrermeister Haidenthaller und Jansky haben ja schon über die vierte Konzession verfügt, als ob man einen Gemeinderat überhaupt nicht brauche.

Herr G.-R. Fischer bemerkt zu den Ausführungen des Herrn G.-R. Aigner, daß der vierte Kehrbezirk aus 110 Objekten bestehe; mit der Einteilung der Kehrbezirke wird sich aber das Stadtbauamt befassen müssen.

Herr Bürgermeister Wokral teilt mit, daß auch im Gemeindeausschusse St. Ulrich bezüglich des vierten Kehrbezirkes ein Beschluß gefaßt werden wird, der sich an dem Steyrer Gemeinderatsbeschluß ergänzend anschließen wird. Weiters schlägt derselbe vor, die Angelegenheit in drei Teile zu zerlegen. 1. In die Frage, ob ein vierter Kehrbezirk zu schaffen ist, 2. die Einteilung dieses Kehrbezirkes wäre einem Einvernehmen zwischen Statthalterei, Stadtbauamt und der Genossenschaft vorzubehalten und 3. in die Erteilung der Konzession.

Der Gemeinderat erklärt sich mit der Teilung des Beratungsgegenstandes in diese drei einzelnen Abstimmungspunkte einverstanden.

Die einzeln hierüber eingeleitete Abstimmung ergibt:

1. Der Gemeinderat stimmt der Schaffung eines vierten Kehrbezirkes zu.

2. Der Gemeinderat beauftragt das Bauamt, die Einteilung der Kehrbezirke vorzunehmen und diese sodann der Statthalterei bezw. Landesregierung zur einvernehmlichen Festsetzung desselben mit der Genossenschaft vorzulegen

3. Der Gemeinderat verleiht die vierte Rauchfangkehrerkonzession dem Bewerber Franz Baumgartner.

10. Bericht über den Ankauf von Lebensmitteln und Bedarfsgegenstände im Mauthausener-Lager im November 1918.

Referent G.-R. Kletzmayr: „Zur Orientierung über den Verlauf dieser Angelegenheit muß etwas weiter zurückgegriffen werden. Zunächst erinnert Referent daran, daß es schon im Dezember v. J. im Wirtschaftsrate eine ziemlich heftige Debatte über die Vorkommnisse gelegentlich dieses Lebensmittelaufkaufes im Mauthausener Lager gegeben habe, weil sich über dieselben in der Oeffentlichkeit die verschiedensten Gerüchte verbreiteten; es sollten nämlich durch Herrn Drahowsal die Aufkäufe viel billiger vorgenommen worden sein, als sie der Stadt gegenüber in Anrechnung gebracht wurden, und wurden auch Abgänge von Waren bei der Uebergabe an die Stadt festgestellt. Das hiesige Stadtamt wurde beauftragt, durch Herrn Stadtamtsrat Dr. Habl Erhebungen zu pflegen und sind auch zahlreiche protokollarische Feststellungen sowohl hier in Steyr wie in Mauthausen mit damals beteiligten Personen erfolgt. Das Ergebnis dieser Feststellungen wurde auch dem Gemeinderate bekanntgegeben, welcher sich bestimmt fand, eine Kommission aus Gemeinderäten Vogl, Mayr und dem Referenten zu wählen, die die Aufgabe hatten, die Angelegenheit einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen und Anträge zu stellen. Diese Kommission hat die Prüfung des Aktes vorgenommen, stieß jedoch insoferne auf Schwierigkeiten, als viele Personen, welche damals an der Anlieferung der gekauften Waren beteiligt waren, nicht mehr in Steyr sind. Andererseits liegen Protokolle auf, die eine teilweise Entlastung des Herrn Drahowsal und teilweise eine Belastung der früheren Gemeindevertretung bringen. Wenn von einer Belastung der früheren Gemeindevertretung gesprochen wird, so ist dies in der Weise aufzufassen, daß es jedenfalls einen Mißgriff derselben bedeutete, daß zu solch großen Aufkäufen im Betrage von 100.000 K nur ein Herr betraut und keine Zeugen beigezogen wurden, seien es solche aus dem Gemeinderate oder der Bevölkerung selbst. Die von Herrn Drahowsal geführten Zeugen können nicht maßgebend sein, da sie in engster verwandtschaftlicher Beziehung zu demselben stehen. Es war daher ein Mißgriff seitens des früheren Herrn Bürgermeisters, daß dieser das Uebereinkommen mit Herrn Drahowsal abschloß, ohne für die Aufkäufe Experten zuzuziehen. Was die Preisdifferenz zwischen Ankaufs- und Lieferpreis betrifft, so muß gesagt werden, daß die Protokollarangaben des Herrn Bürgermeisters von Mauthausen die Angaben des Herrn Drahowsal als richtig bestätigen. Ein springender und dunkler Punkt in der ganzen Angelegenheit bleibt jedoch das Fehlen so vieler Waren bei der Uebergabe an die Stadt, was bis heute noch nicht aufgeklärt werden konnte. Es fehlen an Waren Zwieback 528 Kg., an Hülsenfrüchten 1413 Kg., an Makkaroni 340 Kg, an Mehl 17 Kg., an Maismehl 7 Kg., an Franck-Kaffee 37 Kg., Wollensocken 2 ½ Sack, Butter 88 Kg., 3290 Kaffeewürfeln, 20 Kg. Salami, 105 Kg. Seife und 20 Kg. Zucker.

Die Gemeinde hat durch diesen Warenabgang einen Gesamtschaden im Betrage von 29.934 K erlitten.

Diese Schadenssumme ist auch nach der Forderung des Wirtschaftsrates von denjenigen zu ersetzen, die entweder durch unreelle Handlungen oder sonstige Unvorsichtigkeit diese verschuldet haben. Wenn es sich also herausstellte, daß Herr Drahowsal seine Pflicht erfüllt hat, so muß die Belastung der gewesenen Gemeindevertretung auf den Rücken gelegt werden, weil sie nicht für eine entsprechende Ueberwachung gesorgt hat. Eines kommt jedoch in Betracht, welches in der ganzen Handlung nicht erklärlich ist und zwar die Angabe der Frau Drahowsal, daß sie in Mauthausen selbst an Personen um den Betrag von 30 K Waren abgegeben hat, da die dortige Bevölkerung darüber ungehalten gewesen sein sollte, daß von Herrn Drahowsal solch' große Mengen aufgekauft werden. Der Mauthausener Lagerkommandant habe auf das Drängen der Leute verfügt, daß Waren abgegeben werden müssen, um die Leute zu beruhigen. Zu einer Beruhigung der Bevölkerung wird aber die Abgabe von Waren im Betrage von 30 K kaum beigetragen haben; entweder es war die Bevölkerung überhaupt nicht beunruhigt, oder wenn sie es war, so würden die Abgabe dieser geringen Menge im Werte von 30 K nicht zur Beruhigung hingereicht haben. — Die für die Behauptung der Frau Drahowsal angeführten Zeugen können nicht in Betracht kommen, als ihr Gatte und ihr Schwager im verwandtschaftlichen Verhältnisse zur ersteren stehen und ein Beweis über die Richtigkeit dieser angeblichen Warenabgabe daher mangelt, und wenn es zutreffend ist, daß Herr Drahowsal in der Nacht Gegenstände vom Bahnhofe wegschleppen wollte, daran verhindert und auch vom Verkehrsbeamten darüber zur Rede gestellt wurde, so muß auch hierüber noch Nachforschung gepflogen und die Angelegenheit daher noch weiter verfolgt werden Entweder ist Herr Drahowsal unschuldig, dann muß ihm Gerechtigkeit widerfahren und diejenigen zur Rechenschaft herangezogen werden, die an dem Abgang der Waren und der Schädigung der Gemeinde schuldtragend sind."

Herr G.-R. Vogl bemerkt hiezu, daß es als merkwürdig bezeichnet werden muß, daß der Verkehrsbeamte, welcher Herrn Drahowsal bei dessen Versuche, Waren vom Bahnhofe wegzubringen, zur Rede stellte, ganz kurze Zeit nach dem Vorfalle versetzt wurde. Jedenfalls dürfte durch eine gerichtliche Untersuchung noch Material zu Tage gefördert werden und wäre es Aufgabe der Kommission, bis zur nächsten Sitzung auch dieses Moment zu verfolgen und dann die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben, was er auch beantrage.

Herr G.-R. Fischer berichtet über seine Beobachtungen, die er damals in seiner Eigenschaft als Nationalrat und Mitglied des Sicherheitsausschusses machen konnte und bemerkt, daß es ganz unerklärlich sei, daß Waren sogar vom Rathaushofe innerhalb einer ganz kurzen Zeit vom Autolastwagen wegkommen konnten. Es sei die Angelegenheit im Sinne der Ausführungen des Herrn G.-R. Vogl nochmals zurückzustellen.

Herr G.-R Kletzmayr beantragt schließlich, den Akt der Staatsanwaltschaft abzutreten.

Herr G.-R. Dr. Peyrer-Angermann verweist darauf, daß die Gemeinde verpflichtet sei, den Akt der Staatsanwaltschaft abzutreten und kein Recht besitze, im eigenen Wirkungskreise die Erhebungen zu pflegen, sondern dies eine Ueberschreitung ihrer Kompetenz bedeute. Herr G.-R. Vogl möge daher seinen Antrag auf Zurückstellung der Angelegenheit zur neuerlichen Erhebung durch die Kommission zurückziehen.

Herr G.-R. Vogl zieht seinen Antrag auf Zurückstellung des Gegenstandes zurück.

Der Antrag des Herrn Referenten G.-R. Kletzmayr wird sodann vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

11. Bestellung von Mitgliedern und Ersatzmännern der Weinsteuerkommission, sowie der hiezu erforderlichen Hilfskraft.

In die Weinsteuerkommission werden die Herren Anton Dorn, Heinrich Bachmayr und Florian Reder, als Ersatzmänner Max Reisinger, Fr. Recknagl und Josef Gumpoldsberger gewählt und als Hilfskraft Max Plotiner bestellt.

12. Armenrekurse.

a) Rekurs der Ludmilla Sahan auf Zuweisung von Lederschuhen statt Holzschuhen.

Der Rekurs wird auf Antrag des Armenrates abgewiesen.

b) Rekurs des Kanzleioffizianten Julius Mann i. R. um Aufnahme in das Armenverpflegshaus.

Der Rekurs wird auf Antrag des Armenrates abgewiesen.

c) Rekurs des Josef Grabner um Erhöhung seiner Unterstützung.

Der Rekurs wird auf Antrag des Armenrates abgewiesen.

II. Sektion.

Herr Vizebürgermeister Franz Nothhaft führt aus:

„In Durchführung des Beschlusses der konstituierenden Gemeinderatssitzung vom 25. Mai, in den Funktionen des Bürgermeisteramtes insoferne eine Arbeitsteilung einzuführen, daß jeder der neugewählten vier Bürgermeister je eine der vier Sektionen als spezielles Arbeitsfeld zugewiesen werde, ist mir die Leitung der II., also der Finanzsektion, übertragen worden.

Ich beehre mich demnach dem löblichen Gemeinderate heute als Obmann derselben vorzustellen und richte an die geschätzten Herren Kollegen die Bitte, mich hiebei sowohl in den Sektionssitzungen als im Plenum mit Rat und Tat kräftigst unterstützen zu wollen.

Die Aufgabe der Finanzsektion ist ja in doppelter Hinsicht eine schwere und verantwortungsvolle. In erster Linie gibt die uns obliegende Kontrolle über die weitverzweigten Agenden der Stadtbuchhaltung und des Kasseamtes allein schon ein überreiches Arbeitsfeld. In zweiter Linie kommt sodann in Betracht unsere ebenso heikle Stellung in Bezug auf die stete Erhaltung des Gleichgewichtes zwischen den Einnahmen und Ausgaben.

Allerdings hat diesbezüglich die Majorität des Gemeinderates selbst die noch größere Verantwortung, da wir ja die Beschlüsse derselben ausführen, resp. die hiezu nötigen finanziellen Mittel dann herausgeben müssen. Es können aber da Zeiten kommen, wo wir selbst bei eigener Anerkennung der Notwendigkeit so mancher modernen Anschaffungen, die ja unserer Stadt gewiß noch vielfach mangeln, dennoch gezwungen sein dürften, hie und da die Bremse anlegen zu müssen.

Für solche Fälle bitte ich schon im vorhinein unseren Erwägungen stets das richtige Verständnis entgegenbringen zu wollen.

In diesem Sinne fasse ich auch meine Aufgabe als Leiter der für das Wohl unserer Stadt so wichtigen II. Sektion auf, hoffe aber zuversichtlich, mit Ihrer allseitigen Unterstützung solche auftauchende Klippen glücklich umschiffen zu können.

Diese kurzen Worte erlaube ich mir bei meinem heutigen Amtsantritte vorauszuschicken.

Ich gehe nun zur Tagesordnung über und bringe zunächst zu Punkte 13 und 14, Stadtkassetagebuchabschluß pro März und April 1919, die zwei Monatsberichte in der bisherigen alten Gepflogenheit zum Vortrage, werde mir aber erlauben, Ihnen am Schlusse eine von mir geplante Neueinführung und die Form derselben bekannt zu geben, die hoffentlich Ihre allseitige Zustimmung finden dürfte.

Die ziffernmäßigen Ausweise für die letzten zwei Monate lauten also wie folgt:

Z. 99/Bh.

Ausweis

über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse in Steyr im Monate März 1919.

	1919		1918		Differenz	
	K	h	K	h	K	h
Einnahmen im Monate März . . .	52.528	81	37.627	41	+ 14.901	40
Hiezu Kassarest vom Vormonate . .	299.134	65	49.956	01	+ 249.178	64
Gesamteinnahmen im Monate März . .	351.663	46	87.583	42	+ 264.080	04
Ausgaben im Monate März . .	130.977	27	85.734	83	+ 45.242	44
Kassarest für den Monat April . . .	220.686	19	1.848	59	+ 218.837	60
Seit Jahresbeginn bis Ende März betrugen:						
Die Gesamt-Einnahmen . . .	1,131.379	07	440.298	53	+ 691.080	54
die Gesamt-Ausgaben	910.692	88	438.449	94	+ 472.242	94

Stadtbuchhaltung Steyr am 21. April 1919.

Markut m. p.

Z. 100/Bh.

Ausweis

über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse in Steyr im Monate April 1919.

	1919		1918		Differenz	
	K	h	K	h	K	h
Einnahmen im Monate April . . .	114.158	51	104.827	10	+ 9.331	41
Hiezu Kassarest vom Vormonate . .	220.686	19	1.848	59	+ 218.837	60
Gesamt-Einnahmen im Monate April	334.844	70	106.675	69	+ 228.169	01
Ausgaben im Monate April . . .	277.422	25	99.271	87	+ 178.150	38
Kassarest für den Monat Mai . .	57.422	45	7.403	82	+ 50.018	63
Seit Jahresbeginn bis Ende April betrugen:						
Die Gesamt-Einnahmen	1,245.537	58	545.125	63	+ 700.411	95
Die Gesamt-Ausgaben	1,188.115	13	537.721	81	+ 650.393	32

Stadtbuchhaltung Steyr am 22. Mai 1919.

Markut m. p.

Anmerkung: Die Mehrausgaben April 1919 gegen 1918 sind hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen, daß die am 1. Mai 1919 fälligen Zahlungen an die oberösterr. Landes-Hypothekenanstalt in Linz mit Rücksicht auf den Nationalfeiertag bereits am 30. April 1919 abgesendet werden mußten.

Nunmehr komme ich auf die schon eingangs meines Berichtes erwähnte Reformidee zu sprechen.

Ich glaube annehmen zu können, daß außer mir die meisten Herren Gemeinderäte bei Verlesung dieser Daten stets das innere Gefühl hatten, daß mit diesen nakten Ziffern ohne jedweden weiteren Kommentar faktisch blutwenig geholfen war. Wir erfuhren da wohl, wieviel Tausende wir in jedem Monat eingenommen und wieviel Tausende wir ausgegeben hatten, und nahmen dies dann zur Kenntnis; für eine praktische Verwertung unsererseits waren diese durchlaufenden Posten doch soviel als belanglos. Gänzlich überflüssig erwies sich auch die jedesmalige Vergleichung mit den Einnahmen und Ausgaben der gleichartigen Monatsperiode des Vorjahres; denn ob die sich ergebende Notwendigkeit der Eintragung großer oder kleiner Posten den jeweiligen Monat Februar, Mai oder Oktober fällt, ist für das laufende Jahr, noch mehr aber im Vergleichswege des Vorjahres für Studienzwecke ganz gleichgültig.

Durch den Vorgang aber, den ich eben jetzt einzuführen beabsichtige, werden diese gewissermaßen scheintoten Zahlen sozusagen zum Leben erweckt und gewinnen erst jetzt unser ganzes Interesse, weil wir nun wissen werden, was wir damit anzufangen haben und wie lehrreich sie nunmehr zur Beurteilung des gesamten städtischen Haushaltes mit jeden fortschreitenden Monat wirken.

Das betreffende neue Formulare hat demnach folgende Ausgestaltung: Es werden die 12 Hauptkollektivposten der städt. Buchhaltung nacheinander eingestellt. Es sind dies die XII Rubriken:

I. Gemeindevermögen.
Ia. Kreditoperationen.
II. Gebäude und Grundbesitz.
III. Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte.
IV. Gemeindeverwaltung.
V. Sicherheitswesen.
VI. Oeffentliche Arbeiten.
VII. Gesundheitswesen und städt. Lebensmittelversorgung.
VIII. Kultus und Unterricht, Kunst und Wissenschaft.
IX. Militärangelegenheiten.
X. Armenwesen.
XI. Verschiedenes.
XII. Gemeindebesteuerung.

Diese XII Hauptposten erscheinen sowohl rechts- wie linksseitig, also in den Einnahmen- und Ausgabeseiten untereinander auf. Neben jeder dieser 12 Einzelnposten wird in allen durchlaufenden 12 Monatsausweisen regelmäßig der zu jeder dieser Posten dazugehörige Präliminarbetrag des ganzen Jahres eingesetzt. Als weitere zwei naturgemäß wechselnde wagrechte Rubriken erscheinen sodann auf:

a) Die jeweilige Gesamtsumme der bereits in den vorangezogenen Monaten verwendeten Beträge und

b) die für jeden folgenden Monat sich immer anschließende Detailsumme des Erfolges des betreffenden Monates, über den eben berichtet wird.

In den senkrechten Schlußrubriken sind dann geradeso wie bisher auch die Gesamtbeträge alle bis zum Vortragsmonate vorgekommenen Bewegungen ersichtlich, aber sie erscheinen jetzt in einem ganz anderen Lichte, das jedem einzelnen Gemeinderate und durch Veröffentlichung des jeweiligen Ratsprotokolles

auch allen einzelnen Gemeindemitgliedern eine genaue Kontrolle über die Gesamtgebarung des städt. Haushaltes bietet.

Ein weiterer Vorteil dieses neuen Modus liegt darin, daß jederzeit ziffernmäßig genau zu ersehen ist, bis zu welcher Höhe jede einzelne Präliminarpost bereits belastet ist und welcher Restbetrag hievon dann noch bis zum Schlusse des Jahres zur Verfügung bleibt. Jeder Gemeinderat ist dadurch in der Lage, sich sofort über seine Abstimmung bei finanziellen Fragen im Plenum schon vorher ein klares Bild zu schaffen. Nicht zu unterschätzen ist ferner noch die große Vorarbeit für die am Jahresschlusse stattfindende Präliminarberatung selbst, da die Stadtbuchhaltung mit Ende jeden Monates eigentlich schon mit vollendeten Abschlußposten hervortreten kann. Diese neuen Monatsausweise werden in autographierten Kopien jedem Gemeinderatsmitgliede zwecks ständiger Orientierung in der Finanzgebahrung zur Verfügung gestellt werden. Ich hoffe, daß diese praktischen Behelfe sich ihrer allseitigen Zustimmung erfreuen werden und wünsche, daß sie allen Herren und Damen des Gemeinderates recht wünschenswerte Dienste leisten möge."

(Beifall.)

Zur Kenntnis genommen.

15. Unterstützungsansuchen.

Referent Herr G.-R. Alois Saiber: „Es sind Unterstützungsansuchen eingelangt vom Bienenzüchterverein und von der Idiotenanstalt in Hartheim, ferner vom Kriegerdenkmalverein in Rohrbach.

Die Sektion stellt den Antrag: Dem Bienenzüchterverein wie bisher 20 *K*, für die Idiotenanstalt in Hartheim wie bisher 100 *K* und dem Kriegerdenkmalbaufond 10 *K* zu bewilligen."

Herr G.-R. Dr. Furrer beantragt, der Idiotenanstalt in Hartheim mit Rücksicht auf die durch die Teuerung erschwerten Verpflegsbedingungen den Beitrag auf 200 *K* zu erhöhen.

Referent Herr G.-R. Saiber erklärt sich namens der Finanzsektion mit dem Antrage einverstanden.

Der Gemeinderat bewilligt sodann die vom Herrn Referenten und vom Herrn G.-R. Dr. Furrer beantragten Unterstützungsbeiträge.

Herr Vizebürgermeister Nothhaft bringt sodann die Zuschrift des Verbandes deutsch-österr. Flieger in Wien zur Kenntnis und betont hiezu, daß es angezeigt sei, die Oeffentlichkeit auf dieses Unternehmen aufmerksam zu machen, als bei demselben verschiedene Gewerbetreibende Beschäftigung zu finden vermögen und es daher moralische Pflicht des Gemeinderates sei, hierauf hinzuweisen. Sollte bei Verwirklichung des Unternehmens eine finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde erbeten werden, so wird die Gemeinde schon aus diesem Grunde im günstigen Sinne Stellung nehmen.

Wird zur Kenntnis genommen.

16. Anträge der Krankenhauskommission.

a) Erhöhung der an die Frau Oberin zu leistenden Verpflegsgebühren.

Referent Herr G.-R. Ruckerbauer: „Die Krankenhauskommission hat am 15. Mai auf Grund der Forderung der Frau Oberin des Krankenhauses auf Erhöhung ihrer Verpflegsgebühren von 1 *K* 80 *h* auf 2 *K* 50 *h* pro Kopf und Tag eine Sitzung im Beisein der Frau Oberin und des Herrn Primarius Dr. Oser abgehalten, worüber das Protokoll den einzelnen Mitgliedern des Gemeinderates übermittelt wurde. Die Krankenhauskommission mußte einsehen, daß es der Frau Oberin bei den erhöhten Mehl- und Brotpreisen nicht mehr möglich sei, mit den bisherigen Verpflegsgebühren von 1 *K* 80 *h* das Auslangen finden zu können und beantragt daher:

Der Gemeinderat beschließe, die an die Frau Oberin zu leistenden Verpflegsgebühren rückwirkend ab 15. April 1919 von 1 *K* 80 *h* auf 2 *K* 50 *h* pro Pflegling und Tag zu erhöhen.

Hinsichtlich der vorgesehen gewesenen Verpflegskostenzuschüsse für das Personal müßte erst eine Revision des Vertrages mit den Schwestern erfolgen und sei auch hinsichtlich der allgemeinen Erhöhung der Verpflegsgebühren überhaupt die zu erwartende durchgreifende Neuregelung und der Bestimmung derselben maßgebend, eine Frage, welche die Krankenkassen besonders treffe.

Nach kurzer Wechselrede stimmt der Gemeindrat der Erhöhung der Verpflegsgebühren ab 15. April 1919 auf 2 *K* 50 *h* pro Pflegling und Tag zu.

b) Antrag auf Einführung eines Ersatzruhetages für das Dienstpersonal.

Nachdem der Krankenhausbetrieb nicht allen Dienstpersonen freie Sonntage gewähren kann, bestimmt der Gemeinderat, daß für den entfallenden Sonntag ein Ersatzruhetag gewährleistet werde.

III. Sektion.

17. Nachträgliche Genehmigung der Ueberlassung des Stadttheaters zu Wohltätigkeitsvorstellungen.

Der Gemeinderat erteilt die nachträgliche Genehmigung zur Ueberlassung des Stadttheaters an den Wohltätigkeitsverein „Die 1915er".

18. Anbot des Baumeisters Herrn Plochberger betreffs Ankauf der G.-P. Nr. 310/13 in Steyr, Prevenhubergasse 8.

Referent Herr Vizebürgermeister Mayrhofer: „Die I. und III. Sektion hat in vereinigter Sitzung vom 7. Mai auf Grund der vorgenommenen Besichtigung der Kaufgegenstände den einhelligen Beschluß gefaßt, dem Gemeinderate die Annahme des Kaufsanbotes zu empfehlen. Wie sich die Kommissionsmitglieder überzeugen konnten, ist das Kaufsanbot für die Gemeinde nach mehrfacher Richtung günstig zu nennen und stellt daher heute die III. Sektion neuerlich den Antrag, der Gemeinderat möge dem Kaufanbote mit dem Betrage von 85 000 *K* zustimmen."

Der Gemeinderat beschließt, dem Sektionsantrage zuzustimmen.

19. Angebot auf Ankauf einer Sanitätsbaracke.

Referent Herr G.-R. Vogl: „Von der Firma Grünwald wurde der Gemeinde eine Sanitätsbaracke — Patent Schönthaler — zum Kaufe um den Betrag von 5000 *K* angeboten. Die Baracke, welche derzeit auf den Autofabriksbaugründen steht, wurde kommissionell besichtigt und für verschiedene Zwecke als sehr brauchbar und gut erhalten befunden. Die Baracke hat im Anschaffungspreis 13.000 *K* gekostet und besitzt tatsächlich den Anbotswert von 5000 *K*. Die Sektion beantragt daher, die Baracke um den Kaufspreis von 5000 *K* anzukaufen."

Herr G.-R. Dr. Furrer beantragt, die Baracke nach Ankauf so rasch als möglich abtragen zu lassen, damit Beschädigungen vermieden werden; auch müsse dieselbe vor Benützung gründlich gereinigt werden.

Der Sektionsansantrag wird hierauf vom Gemeinderate angenommen.

20. Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter.

Referent Herr G.-R. Vogl: „Die städt. Arbeiter sind um Erhöhung ihrer Löhne herangetreten. In der Sektion wurde hierüber eine lange Wechselrede abgeführt und dabei der Standpunkt vertreten, daß der Dienst der städtischen Arbeiter für dieselben denn doch ein günstigerer zu nennen sei, als dieselben bei der Gemeinde einen ständigen Verdienst haben und nicht auf einen Saisonverdienst angewiesen sind, weshalb nach Maßgabe dieses Standpunktes folgende Normen für die Löhne der einzelnen Arbeiterkategorien festgelegt wurden:

1. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 48 Stunden.

2. Löhne:

Für Professionisten pro Stunde:

ein Grundlohn von . *K* 1·30
Teuerungszuschlag . *K* 1·70 } zus. 3 *K*, per Woche *K* 144·—

Für Professionisten-Hilfsarbeiter:

Grundlohn . . . . . *K* 1·—
Teuerungszuschlag . *K* 1.— } zus. 2 *K*, per Woche *K* 96·—

Für Hilfsarbeiter, Taglöhner:

Grundlohn . . . . . *K* 0·80
Teuerungszuschlag . *K* 1·— } zus. *K* 1·80, per Woche *K* 86·40

Für Hilfsarbeiterinnen und Jugendliche:

Grundlohn . . . . . *K* 0·80
Teuerungszuschlag . *K* 0·40 } zus. *K* 1·20, pro Woche *K* 57·60

Für die Vorarbeiter wird zum Wochenlohne per 144 *K* ein Zuschlag von 12 *K* bewilligt.

Als Vorarbeiter haben zu gelten: Hans Thurner, Johann Huber, Karl Hager und Hans Mayrhofer.

Das Erfordernis für diese Erhöhung beträgt rund 180.000 *K*.

Die Sektion beantragt, der vorgeschlagenen Lohnerhöhung zuzustimmen."

Der Gemeinderat bewilligt sodann die Erhöhung der Löhne nach dem Sektionsantrage.

21. Stellungnahme zum Vorschlage des österreichischen Architekten- und Ingenieurvereines wegen Ausschreibung eines Wettbewerbes für den Bebauungsplan.

Referent Herr Vizebürgermeister Mayrhofer: „Der Ingenieur- und Architektenverein in Wien hat in Angelegenheit der Schaffung eines Bebauungsplanes für die Stadt Steyr eine Zuschrift anher gerichtet, in welcher derselbe für die Ausarbeitung eines Wettbewerbes für ein Projekt zum Bebauungsplan den Herrn Architekten Kraus in Wien empfiehlt.

Die Sektion beantragt, sich an den Architekten Kraus mit der Anfrage zu wenden, welche Bedingungen und Kosten derselbe an die Ausarbeitung dieses Wettbewerbes knüpft."

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

22. Ausschreibung der Arbeiten für das öffentliche Krankenhaus. (Wirtschaftsgebäude und Maschinenhaus.)

Referent Herr G.-R. Franz Aigner: „Wie bekannt, hat der frühere Gemeinderat aus den schon oft erwähnten Gründen beschlossen, sofort an die Erbauung eines Maschinenhauses und eines Wirtschaftsgebäudes zu schreiten. Durch die erfolgte Neuwahl des Gemeinderates steht heute dieser Punkt auf der Tagesordnung und beantragt die Sektion, die Ausschreibung der Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen."

Angenommen.

IV. Sektion.

24. Vergebung der Interessen der Emil Gschaider-Stiftung.

Referent Herr G.-R. Fr. Kratochwill: „Die Jahresinteressen der Emil Gschaider-Stiftung betragen 640 *K*. Die Staatsrealschule in Steyr hat mit Zuschrift vom 2. Mai l. J.

Zl. 311, anher den Vorschlag erstattet, mit Rücksicht auf die bedeutende Entwertung des Geldes, 10 Anteile zu 40 *K* zu schaffen und sie den in der Uebersicht hervorgehobenen und vom Lehrkörper einhellig vorgeschlagenen Schülern zu verleihen, und zwar:

Reßler Johann	Steinmayr Alois
Wybiral Ludwig	Zobl Hubert
Cermak Franz	Raidl Karl
Entinger Richard	Seyrl Ludwig
Lebl Josef	Unter Johann

Die Sektion schließt sich diesem Vorschlage vollinhaltlich an.

Auf Grund des Sektionsantrages verleiht der Gemeinderat den vorgenannten Schülern je einen Interessenanteil im Betrage von 40 *K*.

Weiters schlägt die Direktion der Fachschule für Eisen- und Stahlbearbeitung nachstehende Schüler für die Verleihung eines Interessenanteiles per 20 *K* vor:

III. Jahrgang: Huemer Alois, Hübler Arnold, Kepplinger Josef, Streif Anton.

II. Jahrgang: Böck Karl, Pötscher Josef und

I. Jahrgang: Fischeder Karl, Hubmer Gustav, Kommenda Erwin, Kriechbauer Ludwig, Moser Franz und Pötscher Wilhelm."

Die Sektion schließt sich diesem Verleihungsvorschlage an und der Gemeinderat verleiht den vorgenannten Schülern die Interessenanteile per 20 *K*.

25. Vorschlag betreffend Weiterbelassung eines Maternus Hammer-Stipendiums.

Referentin Frau G.-R. Wimberger: „Es liegt ein Ansuchen des Stipendisten Hans Frauendorfer vor. Derselbe hat seinerzeit ein Stipendium im Betrage von 240 *K* erhalten. Nun ist laut Stiftsbrief dieses Stipendium nur für die Dauer des Besuches einer inländischen Hochschule verleihbar, während Gesuchsteller durch die bestehenden Verhältnisse derzeit unfreiwillig gezwungen ist, sich der Apothekerpraxis hinzugeben und erst sodann wiederum seine Studien fortsetzen wird. Bittsteller ist mittellos und zur Durchführung seines praktischen Studiums auf das Stipendium angewiesen. Die Sektion beantragt, dem Gesuchsteller Frauendorfer das Stipendium im Betrage von 240 *K* zuzuerkennen."

Herr G.-R. Dr. Furrer befürwortet wärmstens die Verleihung des Stipendiums an den Gesuchsteller.

Der Gemeinderat verleiht sodann das Maternus Hammer-Stipendium dem Gesuchsteller Hans Frauendorfer.

26. Schulärztliche Berichte.

Referent Herr Vizebürgermeister Dedic: „Seitens der Herren Stadtarzt Dr. Klunzinger und Stadtphysikus Dr. Holub liegen uns umfangreiche Berichte über die angestellte Untersuchung der Schulkinder auf deren Gesundheitszustand vor. Es wird sich empfehlen, die Berichte vervielfältigen und den Gemeinderäten zustellen zu lassen.

Weiters hat Herr Dr. Mayr auf unsere Anfrage betreffend Errichtung einer schulärztlichen Zahnklinik ein Schreiben gesendet, welches jedoch insoferne nicht befriedigt, als es den eigentlichen Sinn unserer Anfrage nicht beantwortet.

Der Bericht des Herrn Dr. Mayr, sowie die Berichte der Herren Stadtärzte wollen dem Jugendamte überwiesen werden."

Herr G.-R. Dr. Furrer berichtet, daß es ihm erfreulicherweise gelungen sei, seine Bemühungen dadurch gekrönt zu sehen, daß er heute dem Gemeinderate mitteilen könne, daß die Zahnklinik eigentlich fertig sei, da mit dem Vereine für Schulzahnklinik eine Vereinbarung durch Herrn Dr. Wolf zustande gekommen ist, welche es der Stadtgemeinde ermöglicht, sogleich mit der Tätigkeit einsetzen zu können. Sobald der Eintritt in diesen Verein erfolgt ist und die näheren Bestimmungen vorliegen, werde er hierüber einen eingehenden Bericht erstatten. Die ganze Einrichtung dürfte der Stadtgemeinde auf 7000 bis 8000 *K* zu stehen kommen.

Herr Bürgermeister Wokral dankt Herrn G.-R. Dr. Furrer für seine erfolgreichen Bemühungen und berichtet, daß im seinerzeitigen Statthaltereierlasse über die Errichtung von Schulzahnkliniken ein Passus enthalten war, wonach der Staat für die Errichtung solcher Kliniken Beiträge in natura leisten wird. Da nun die Errichtung dieser Klinik gesichert erscheint, ist sofort an die Landesregierung im Sinne des Erlasses heranzutreten.

Der Sektionsantrag des Herrn Vizebürgermeisters Dedic wird hierauf vom Gemeinderate einhellig angenommen.

Vor Schluß der öffentlichen Sitzung teilt der Herr Vorsitzende mit, daß in den vier Sektionen folgende Herren zu Obmannstellvertretern der Sektion gewählt wurden:

I. Sektion: G.-R. Prof. Brand; II. Sektion: G.-R. Markus Ruckerbauer; III. Sektion: G.-R. Franz Aigner; IV. Sektion: G.-R. Fr. Kratochwill.

Weiters teilt Herr Vorsitzender mit, daß sich zufolge Parteienübereinkommen in der Besetzung I und II eine Verschiebung dadurch ergeben hat, daß Herr G.-R. Prof. Brand aus der II. Sektion ausgetreten und in die I. eingetreten und und Herr G.-R. Eisterlehner aus der I. ausgetreten und in die II. Sektion eingeteilt wurde.

Wird zur Kenntnis genommen.

Herr G.-R. Aigner stellt nun folgende Anfragen, warum die mittlere Lampe in der Mayrstiege, ferner die Lampe beim Theater, bei der Schulstiege und Schloßberg seit nahezu 14 Tagen nicht mehr brennen und sollen Schritte zur Wiederinstandsetzung der Lampen eingeleitet werden.

Das Versagen der Lampen an den für dieselben bestimmten Punkten bedeutet für Passanten eine Gefahr.

Ferner frägt Herr G.-R. Aigner, warum der beschotterte Teil der Kompaßgasse nicht bewalzt wird.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer erwidert, daß die Bewalzung unterbleiben mußte, weil für die Dampfwalze keine Kohlen zu erhalten sind.

Herr G.-R. Aigner fragt weiters, wann die Umpflasterung oder Neupflasterung des Michaelerplatzes, Zwischenbrücken und der Enge durchgeführt wird.

Herr Bürgermeister erklärt zu den Fragen des Herrn G.-R. Aigner wegen der Beleuchtung, daß Erhebungen eingeleitet werden.

Herr G.-R. Vogl frägt an, wann der Schloßpark der allgemeinen Benützung zugänglich gemacht werden wird.

Herr Bürgermeister erwidert, daß der Schloßbesitz kein Staatseigentum sondern Privateigentum war und für diese das Enteignungsgesetz noch nicht in Kraft getreten sei.

Herr G.-R. Schickl wünscht eine gründlichere Behandlung der Straßen gegen Verschmutzung und ersucht, das Schnellfahren in den Straßen energisch abzustellen. Die Verschmutzung der Straßen, so der Haratzmüllerstraße bis zum Rederbesitz, Zwischenbrücken und Kompaßgasse sei unhaltbar. Weiters frägt Redner an, warum nur den Eisenbahnern Weißzucker verabfolgt wurde.

Herr Bürgermeister bemerkt hiezu, daß diese Angelegenheit von der III. Sektion zur Kenntnis zu nehmen sei. Das Schnellfahren sei eine die Polizei betreffende Angelegenheit und sollen Anzeigen dahin gerichtet werden. Bezüglich Zuckerbelieferung an die Eisenbahner falle die Verpflegung nicht in die Aufgabe der Stadtgemeinde.

Herr G.-R. Klement führt Beschwerde, daß in letzter Zeit sich die Fälle mehren, daß seitens mancher Geschäftsleute in einer Weise auf das Publikum eingewirkt werde, was als eine Verhetzung bezeichnet werden kann. Diese richten sich einerseits gegen das gegenwärtige Präsidium, andererseits gegen die jetzige Majorität des Gemeinderates. Es muß hier öffentlich vor solchen Spielen mit dem Feuer gewarnt werden, da sonst das Präsidium entschieden dagegen eingreifen müßte.

Herr G.-R. Kletzmayr weist diesen Anwurf, wenn er auf seine Parteiverantwortlichkeit gemünzt wäre, zurück.

Herr Bürgermeister Wokral bemerkt hiezu, daß wohl eine Reihe von Fällen vorgekommen sind, wo Geschäftsleute in einer Weise gehandelt haben, die im Interesse der Allgemeinheit nicht geduldet werden könne. Ich habe Veranlassung genommen, die Genossenschaftsvorstehung der betreffenden Geschäftsleute dahin zu informieren, daß wir, wenn diese von ihren grundsätzlichen Angriffen nicht abgehen, gezwungen sein würden, diesen Geschäftsleuten jeden Verkehr mit staatlich bewirtschafteten Artikeln zu entziehen; entweder wir wollen zusammenarbeiten oder nicht. Wir wollen nur das Allgemeininteresse vertreten, nicht das Einzelninteresse.

Herr G.-R. Krottenau ersucht, den zugewiesenen Kinderspielplatz am Karl Ludwig-Platz baldmöglichst mit Rücksicht auf die fortschreitende Zeit auszugestalten.

Herr Bürgermeister erwidert, daß das Bauamt bereits den Auftrag erhalten hat, einen Voranschlag und Bericht vorzulegen.

Nachdem weitere Anträge oder Anfragen nicht vorliegen, schließt der Herr Vorsitzende um 5 ½ Uhr nachmittags den öffentlichen Teil der Sitzung.

Der Vorsitzende:

Wokral

Die Beglaubiger:

Bachmayr

W Brand

Der Schriftführer:

Wolle

Foahlatt-Druckerei Steyr